

25.04.2024

Landtag von Niederösterreich

Landtagsdirektion

Eing.: 25.04.2024

Ltg.-409/XX-2024

## ANTRAG

der Abgeordneten Hogl, Schnabel, Schmidl, Gerstner, Krumböck, BA und Mag. Keyl

### betreffend **Faire Wettbewerbsbedingungen für die heimische Landwirtschaft – Senkung der Mineralölsteuer für Agrardiesel**

Die heimische Landwirtschaft leistet einen ganz wesentlichen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit regionalen und hochwertigen Lebensmitteln. Niederösterreich lebt in vielerlei Hinsicht von der Arbeit seiner Bäuerinnen und Bauern. Die höchsten Produktionsstandards und der tagtägliche intensive Einsatz unserer Landwirtinnen und Landwirte sind ein Garant für die besten Lebensmittel für alle Niederösterreicherinnen und Niederösterreich. Gerade deshalb ist die Unterstützung der heimischen Landwirtschaft von besonderer Bedeutung.

Die derzeitigen Krisenherde und Kostensteigerungen stellen die gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen. Die zusätzlichen Kosten für Energie, Betriebsmittel, Baustoffe und Arbeitskräfte machen eine wirtschaftlich produzierende Landwirtschaft in Österreich immer schwieriger. Zudem sind die Preise für viele agrarische Produkte im Ackerbau, aber auch in der Tierhaltung aktuell rückläufig. Vor allem globale Wettbewerbsverzerrungen und -Nachteile wirken sich zunehmend zu Lasten der heimischen Produktion und der damit verbundenen Versorgungssicherheit aus. Nicht nur international, sondern auch im europäischen Vergleich hat Österreichs Landwirtschaft mit hohen Betriebskosten zu kämpfen.

Eine besonders große Differenzierung im europäischen Vergleich gibt es bei der Besteuerung von sogenannten „Agrardiesel“, also von Diesel für die Land- und Forstwirtschaft. Österreich liegt mit einem Steuersatz von 39,7 Cent/Liter Diesel im europäischen Spitzenfeld. Fast alle europäischen Länder nutzen die in der Richtlinie 2003/96/EG des Rates vom 27.10.2003 festgelegte Ausnahmeregel, welche eine Reduktion des Steuersatzes, u. a. für Agrardiesel erlaubt.

Auch in Österreich wurde in der Vergangenheit diese Ausnahme bereits des Öfteren genutzt. Dabei hat sich die Durchführung in Form einer Mineralölsteuerrückvergütung, anhand pauschaler Hektarsätze, welche auch bei der Rückvergütung der CO<sub>2</sub> Steuer in der Landwirtschaft Verwendung findet, als besonders unbürokratisch und zweckmäßig bewährt.

Im Hinblick auf die weiterhin hohen Energiepreise und allgemein gestiegenen Kosten für Betriebsmittel, gilt es nun diese Form der Rückvergütung in einer im EU-Vergleich angemessenen Höhe dauerhaft zu etablieren und weitere Maßnahmen im Hinblick auf Entlastung der heimischen Landwirtschaft zu prüfen. Zur nachhaltigen Sicherung einer kostengünstigen und heimischen Produktion und Landwirtschaft sowie zur Verminderung internationaler Wettbewerbsnachteile soll daher von der Bundesregierung eine Reduktion der Mineralölsteuer in der Land- und Forstwirtschaft sowie eine Prüfung weiterer entlastender Maßnahmen in diesem Bereich gefordert werden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

### **A n t r a g :**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für eine dauerhafte Senkung der Mineralölsteuer für die Land- und Forstwirtschaft, sowie für die Prüfung weiterer entlastender Maßnahmen in diesem Bereich einzusetzen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem LANDWIRTSCHAFTSAUSSCHUSS zur Vorberatung zuzuweisen.